

Themen im Wahlkampf um die Regionalräte in Frankreich (7. Juni 2021)

Am 31. Mai hat der Wahlkampf um die Regionalräte offiziell begonnen. Dabei stehen mit **Sicherheit** und **Einwanderung** zwei Themen im Vordergrund, auf deren politische Ausgestaltung die Mandatsträger, die am 20. und 27. Juni neu gewählt werden, kaum Einfluss haben. Die Sicherheitslage sehen allerdings laut einer Umfrage derzeit 47 % der Franzosen als wichtigstes gesellschaftliches Problem an und kann deswegen von den Kandidaten kaum ignoriert werden. Vor allem Vertreter des Rassemblement National (RN) stellen einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Unsicherheitsgefühl vieler Franzosen und einer angeblich unkontrollierten Einwanderung her. Deshalb haben sie diese zum Thema ihrer Kampagne gemacht und fordern bei Wahlkampfauftritten eine restriktivere Migrationspolitik. Thierry Mariani, RN-Spitzenkandidat in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) begründet diese Fokussierung auf eigentlich deplatzierte Sachfragen damit, dass die anstehenden Wahlen aus seiner Sicht auch dazu dienen sollten, gegen die Politik der amtierenden Regierung des Landes zu protestieren.

Bereiche, in denen die Räte über die alleinige Zuständigkeit für ihre Region verfügen, sind die **wirtschaftliche Entwicklung**, die **Verteilung von EU-Geldern**, die **weiterführenden Schulen** ab der Klassenstufe 10, die **berufliche Ausbildung**, der **öffentliche Nahverkehr** und die **Raumordnung**. Darüber hinaus bestimmen sie gemeinsam mit anderen Körperschaften über Tourismus, Kultur und Sport, das Wohn- und Gesundheitswesen und die Volkshochschulbildung in ihrer Gemarkung. Konkrete Vorschläge in den Wahlprogrammen der verschiedenen Listen beziehen sich folglich auf diese Themenfelder.

In der Region Île-de-France wird beispielsweise im Wahlkampf viel über den öffentlichen Nahverkehr diskutiert: Die von der Parti Socialiste (PS) unterstützte Liste fordert hier, ab September 2021 den ÖPNV kostenlos anzubieten, zunächst für Jugendliche und junge Erwachsene, im Anschluss schrittweise für alle anderen Bevölkerungsgruppen. Die Kandidaten, die von Europe Écologie Les Verts (EELV) unterstützt werden, treten für einen massiven Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes in der Île-de-France ein. Letzteres Ziel wird auch von der amtierenden Regionalratspräsidentin, der rechtskonservativen Valérie Pécresse, in kleinerem Umfang angestrebt. Gleichzeitig tritt sie, ähnlich wie die Vertreter der Regierungspartei La République en Marche (LREM) und des RN, dafür ein, die Sicherheit in Nahverkehrszügen und -bahnhöfen zu verbessern. Dies will sie durch die Bündelung von verschiedenen Sicherheitskräften unter dem Dach einer regionalen Polizei für Transport erreichen. RN-Spitzenkandidat Jordan Bardella verspricht im Falle seines Wahlsiegs dafür zu sorgen, dass in jedem Nahverkehrsbahnhof permanent zwei bewaffnete Sicherheitskräfte präsent sein werden, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Dafür sollen in seinem ersten Mandatsjahr 1.000 zusätzliche Sicherheitskräfte auf Kosten der Region eingestellt werden.

Die Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV wird auch in anderen Regionen erhoben, z.B. von der Liste der amtierenden Regionalratspräsidentin Carole Delga (PS) in der Occitanie, der einzigen gemeinsamen Liste der Linksparteien in der Region Hauts-de-France oder einer linken Liste unter Führung von La France Insoumise (LFI) in der Region Grand-Est.

Um die Jugendlichen zu unterstützen schlägt die LREM-Liste in Hauts-de-France vor, einen „Pass für die Freiheit der Jugendlichen“ einzuführen, der sich aus Beihilfen in Höhe von 500 € für kulturelle Vorhaben und 500 € für Gesundheits-, Sport-, Ausbildungs- und Mobilitätsprojekte (z.B. um einen Führerschein oder ein Interrail-Ticket zu erwerben) zusammensetzt. Parallel dazu sollen 16 – 25jährige, die die Schule ohne Abschluss verlassen und keine Ausbildung haben, durch gezielte Maßnahmen wieder ins Berufsleben eingegliedert werden. In Rhône-Alpes hat der Regionalratspräsident Laurent Wauquiez, Mitglied von Les Républicains (LR), im Gegensatz dazu seit 2015 die Unterstützungsmaßnahmen für Auszubildende und Arbeitssuchenden massiv eingeschränkt und sogar staatliche Unterstützungsgelder, die der Region dafür zugestanden hätten, zurückgewiesen. Dies hat er damit begründet, dass Rhône-Alpes sparen müsse und deshalb keine „Parkpraktika“ unterstützen könne. An diesem Standpunkt will er in einer zweiten Amtszeit festhalten und den Schwerpunkt seiner Tätigkeit erneut auf die Förderung der lokalen Wirtschaft legen.

In ländlich geprägten Regionen wie Centre-Val de Loire, Hauts-de-France oder Nouvelle-Aquitaine fordern RN-Kandidaten, den Bau von Windrädern einzuschränken und vor einer Baugenehmigung lokale Referenden darüber durchzuführen.

Im Hinblick auf eine gesunde Ernährung, eine Förderung der lokalen Produktion und der Biolandwirtschaft sprechen sich in der Île-de-France sowohl die rechtskonservative Liste Libres ! als auch das Bündnis unter Führung von EELV dafür aus, für die Zubereitung der Mahlzeiten in den Kantinen der Lycées Nahrungsmittel zu verwenden, die möglichst aus lokaler Produktion stammen und nach Biokriterien hergestellt wurden.